



Ratsgruppe im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Elke von der Beeck

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 595808

Fax (0202)

E-Mail elke-von-der-beeck@wtal.de

Datum 11.03.2003

Drucks. Nr. VO/1283/03
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Dr. Hans Kremendahl

Antrag

| | |
|-------------------|--------------------------------|
| Zur Sitzung am | Gremium |
| 26.03.2003 | Hauptausschuss |
| 31.03.2003 | Rat der Stadt Wuppertal |

Cross-Border-Leasing

Sehr geehrter Herr Dr. Kremendahl

für die Ratssitzung am 31. März 2003 stellt die Ratsgruppe der PDS den

Antrag: Keine weiteren US Cross-Border Lease Transaktionen in Wuppertal

Beschlussvorschlag:

Die Stadt, bzw. die städtischen Beteiligungsgesellschaften, werden zukünftig keine US Cross-Border Lease Transaktionen abschließen.

Die Verwaltung wird angewiesen, keine weiteren Aktivitäten diesbezüglich mehr durchzuführen

Begründung:

Schon aufgrund der langen Laufzeit solcher Verträge hält die Ratsgruppe der PDS die damit verbundenen Risiken für nicht beherrschbar.

1. Undurchsichtige Besitzverhältnisse

Die von der Sache her unsinnig lange Jahrhundertlaufzeit beruht darauf, dass sie nach US-amerikanischem Recht wie eine Eigentumsübertragung gilt. Der Begriff „Leasing“ stellt somit eine Täuschung dar. Damit entsteht etwas, das es „eigentlich“ nicht geben kann, nämlich eine gleichzeitige **doppelte Eigentümerschaft am selben Wirtschaftsgut**. Sowohl der US-

Trust, wie auch die Stadt, sind Eigentümer. Die verleasten Objekte werden sowohl in den USA als auch in Deutschland als Besitz in die Bilanzen eingestellt.

Die lange Laufzeit wird als Eigentumsübertragung bewertet; so wird der Investor Eigentümer des Objekts. In einem gleichzeitigen Parallelvertrag („sublease“) mietet die Stadt die Anlagen wieder zurück; durch eine „Rückkaufoption“ hat sie das Recht, nach 24-30 Jahren den Vertrag zu beenden. Tut sie das nicht, fällt die Anlage für die restlichen 70 Jahre ganz in das Eigentum des US-Investors. Dieser hat dann das Recht, einen privaten Betreiber zu beauftragen.

2.Schadensersatz

Die Stadt, die ebenfalls Eigentümerin des Objektes, verpflichtet sich, die Objekte im vereinbarten Volumen zu betreiben bzw. zu erhalten; auch wenn dies nicht mehr z.B. aufgrund eines geänderten Bedarfs notwendig wäre. Bei Verletzung dieser Verpflichtung seitens der Stadt, hat der Investor ein Kündigungsrecht, das ihn zu Schadenersatzforderungen in Höhe der entgehenden Steuern (ein Vielfaches des „Bargeldvorteils“) berechtigt. **Es gilt das Recht des Staates New York**, Gerichtsstandort ist immer New York.

3. Steuertricksereien

Die PDS Wuppertal hält es für nicht akzeptabel, dass die Stadt sich an undurchsichtigen Steuertricksereien beteiligt. Nach den Steuerprinzipien aller westlichen Rechtsstaaten sind die Verträge **klassische Scheingeschäfte**: Der Investor investiert keinen einzigen Cent in die Anlage, auf dem Papier wird eine doppelte Eigentümerschaft produziert, die Jahrhundertlaufzeit hat keinen sachlichen Sinn, der einzige Zweck ist die Steuerverkürzung.

Erst werden im Standortwahn die Großkonzerne über alle Maßen steuerlich entlastet, so dass die Kommunen zu Insolvenzfällen werden. Dann sehen viele Kommunalpolitiker keinen anderen Ausweg mehr, als solch windige Geschäfte einzugehen. Verlierer sind die Kommunen und der US-Fiskus, d. h. die amerikanischen SteuerzahlerInnen. Bei Vertragsbeteiligung deutscher Banken als Schuldübernahme- und Darlehens-Bank **entstehen Steuerausfälle** nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland. So untergraben die Städte langfristig ihre eigene Steuerbasis, denn sie sind wesentlich auf die zentralstaatlichen Zuweisungen angewiesen.

Zwangsläufig werden durch so eine Politik die Steuerlasten für die Normalverdiener weltweit immer höher und die staatlichen und kommunalen Leistungen für die BürgerInnen immer geringer. **Gewinner sind deutsche und amerikanische Banken, Kanzleien und Finanzkonzerne.**

Dies wird wegen des vermeintlichen kurzfristigen Vorteils von den Befürwortern des Cross-Border-Leasings nicht beachtet.

4.Geheimniskrämerei statt Demokratie

Es geht nicht nur um die finanziellen Risiken, die sich beim Mitspielen in der Oberliga der globalen Steuerflucht ergeben. **Es geht auch um die Qualität der kommunalen Demokratie.**

Wäre „alles legal“, wäre die enorme Geheimnistuerei nicht erklärbar.

Bisher ist noch keinem Stadtrat der vollständige, verbindliche englische Vertragstext vorgelegt worden. Der US- Investor und die beteiligten Banken dürfen nicht öffentlich genannt werden.

Aber auf ihre Bonität müssen die BürgerInnen vertrauen. Sollten z.B. die Banken, die für die Stadt die Zahlungsverpflichtungen an den US-Trust übernommen haben, insolvent werden, würde die Stadt ihre Verfügungsrechte mit einem Schlag verlieren.

Es werden Verträge abgeschlossen, es werden große Verbindlichkeiten eingegangen, und dies alles hinter dem Rücken der Eigentümer, der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Mittlerweile sprießen Bürgerinitiativen gegen Cross-Border-Leasing republikweit wie Pilze aus dem Boden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht, dass anonymen ausländischen Spekulanten kommunale Einrichtungen, wie etwa die Müllverbrennung oder die Kanalisation, in die Hand fallen.

Inzwischen regt sich auch in den großen Parteien Widerstand. Stadträte wollen sich diese Geheimniskrämerei nicht mehr gefallen lassen. Sie wollen wegen der unzureichenden Entscheidungsgrundlagen keine Verantwortung mehr übernehmen..

Die PDS Wuppertal fordert den Rat der Stadt auf, sich dieser Kritik anzuschließen und dem Antrag zuzustimmen. Die Pläne von Verwaltung und Stadtkämmerei, eine US-Lease Transaktion für Immobilien der Stadt (Schulen, Altenpflegeheime) abzuschließen, müssen zurückgewiesen werden.

Ratsgruppe der PDS

Elke von der Beeck (Stadtverordnete)

Gerd-Peter Zielezinski (Stadtverordneter)

Unterschrift